

ten von Prag und Warschau Zuflucht fanden und damit den Geltungsbereich des Grundgesetzes erreichten.

Vergessen wir dabei alle nicht die, die der Mehrheit unserer Bevölkerung dabei geholfen haben. Ich möchte zuerst den Namen Michail Gorbatschow nennen, Symbol für Beendigung stalinistischer Barbarei.

Sicherlich hätten wir in unserem Teil Deutschlands die Barbarei schon 1953 beendet, wenn nicht damals die kommunistischen Führer der UdSSR noch an die Weltrevolution geglaubt hätten.

Aber vergessen wir auch nicht Namen wie Harry S. Truman, der 1950 in Korea dem kommunistischen Vormarsch einen Riegel vorschob. Und vergessen wir nicht Ronald Reagan - geschmäht von vielen, die sich selbst zu Revolutionären ernannt hatten.

Eine große Leistung und ein großes Verdienst Gorbatschows war es - ich denke dabei an das Gipfeltreffen in Reykjavik, welches damals zu scheitern schien, weil Präsident Reagan den Doppelbeschluß zur Raketennachrüstung nicht zurücknahm -, Gorbatschow erkannte damals, daß ein militärischer Sieg der sogenannten Weltrevolution nicht mehr zu erreichen war, und er zog die einzig richtige Konsequenz und entließ die sozialistischen Länder Osteuropas in die Freiheit.

Ich möchte an dieser Stelle auch daran erinnern, daß es ein Helmut Schmidt war, der den Doppelbeschluß der NATO wesentlich initiierte. Persönlich für ihn beklagenswert, daß im entscheidenden Moment der Abstimmung die eigene Fraktion ihn verließ.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu einem Kernstück der ins Haus stehenden Veränderung kommen, zur sogenannten Eigentumsfrage. Ein Leben lang wurde uns eingeredet, daß die Ursache allen Übels das Privateigentum war, obwohl doch jedermann wußte, daß z. B. der Besitzer eines Einfamilienhauses sein eigenes Geld gern nahm, um sein Haus in Ordnung zu halten, wohingegen selbst bei Bezahlung durch die Kommune nur wenige Bürger bereit waren, eine Wohnung in Schuß zu halten, wenn es nicht ihre eigene war, - geschweige denn, daß es reichlich Bürger gegeben hätte, die ihr eigenes Geld genommen hätten, um eine Wohnung zu renovieren, die nicht ihnen selber gehörte.

Die Wertbegriffe waren - wie manches andere - in unserem Lande gründlich zum Teufel gegangen. So war man zwar bereit, für einen Trabant zwölf- bis vierzehntausend Mark zu bezahlen, wenn man 14 Jahre gewartet hatte - andernfalls sogar noch mehr -, klagte aber bereits, wenn sich die Miete um etwa 80 oder 100 Mark bewegte, war aber selbstverständlich gern bereit, für die Garage desselben Trabis eine solche Summe zu bezahlen. Wen wundert es dann, wenn Handel und Wandel, Bauen, Verkehr und vieles sonst am Boden lag? - Alles triumphale Erfolge des real existierenden Sozialismus.

Wir sind fest davon überzeugt, daß nur auf der Basis des Privateigentums an Grund und Boden Wohlstand für alle geschaffen werden kann. Staatseigentum hat auch in anderen, keineswegs sozialistischen Ländern wenig Ersprießliches gebracht. Ich denke z. B. an die Verstaatlichung der Montanindustrie stets dann in Großbritannien, wenn die Labour-Party an die Macht kam. Staatseigentum - oder wie es bewußt fälschlich bei uns genannt wurde: Volkseigentum - hat nur Sinn, wo der Staat hoheitliche Aufgaben zu erfüllen hat, die privat nicht geleistet werden können. Ich denke an Armee, an Polizei. Ich denke an die Banknotenherstellung oder die Festsetzung und Eintreibung von Steuern. Ich denke aber nicht an Wohnungsbewirtschaftung oder Wohnungsbau, an Müllabfuhr, Außenhandel. Auch das Post- und Fernmeldewesen oder die Eisenbahn könnte ich mir sehr gut in Privathand vorstellen. Es soll ja auch Länder geben, wo man wenige Stunden nach Bestellung eines Telefonanschlusses diesen hat. Schwer vorstellbar, wie das ein Staat schaffen soll.

Bei allem aber ist zu beachten: Wir, die DSU, wollen das Privateigentum breit gestreut und nicht in der Hand einiger weniger.

Lassen Sie mich ein paar Worte zu unserer Vergangenheit sagen. Es war heute schon Thema unserer Sitzung, obwohl sie noch gar nicht begonnen hatte. Die Bewältigung unserer Vergangenheit haben wir alle, die wir hier noch zusammen in der Volkskammer sitzen und mit uns alle Bürger unserer Noch-DDR zu leisten. Die DSU hat sich vom ersten Tag ihres Bestehens dafür ausgesprochen, daß die 40 oder 45 Jahre SED-Vergangenheit vor allem von denen aufzuarbeiten sind, die unter diesem System gelitten haben,

(Zuruf PDS: Zu denen haben Sie aber nicht gehört!)

sowie denen, die es nur ertragen haben, aber auch - und das ist ganz wichtig - von denen, die diesem Staat aktiv gedient haben, sei es in verantwortlicher Stelle in Staat und Verwaltung oder im Wirtschaftsbereich oder aber auch im engen Führungsbereich der SED und der Staatssicherheit.

Wenn der Innenminister unseres Landes sich verwundert zeigt, daß in seiner unmittelbaren Umgebung höchste Führungsoffiziere von Schild und Schwert der Partei tätig waren oder sind, so kann man das eventuell als Naivität hinstellen. Ich glaube nicht, daß auch nur einer unter uns außer ihm gezweifelt hat, daß mehr oder weniger alle Hauptamtlichen des MdI dieser Loge angehört oder angehören.

(Vereinzelte Beifall)

Daß er vor allem sein soziales Herz für diejenigen entdeckt, die jahrzehntelang treu und dabei wenig brav dem System halfen: wirkliche oder vermeintliche Gegner vom Hals zu halten und nach dem Westen zu verkaufen, das war doch wohl erpresserischer Menschenhandel. Dann beginnt an dieser Stelle schon die Ungleichbehandlung; denn um die sozialen Belange der Opfer kümmert er sich nicht. Wenn er aber in der Öffentlichkeit verkündet, daß die Stasi keine verbrecherische Organisation ist, so frage ich ihn, warum er nicht alle diejenigen einsperren läßt, die vor wenigen Monaten die Stasi-Zentralen stürmten. Das war doch dann mindestens Hausfriedensbruch, was diese begangen haben, wie er es etwa den Freunden anhängen will, die heute in der Normannenstraße versuchen, auf drängende Probleme der Vergangenheitsbewältigung aufmerksam zu machen. Und es war doch wohl Sachbeschädigung; denn es wurden doch Stasiakten aus Schränken gerissen, und es war doch Nötigung, denn die nun nach seiner Ansicht ins soziale Abseits Geratenen, diese Stasiisten, die aus ihren Amtsstuben herausgeworfen wurden, wurden doch genötigt. Sie haben sich doch in den seltensten Fällen freiwillig daraus werfen lassen.

(Dr. Modrow, PDS: Sie machen doch den Bruderzwist!)

Für diejenigen Führungskader der Stasi, die sich bis heute nicht selbst gestellt haben, besteht für mich überhaupt kein Grund zur sozialen oder sonst einer Schonung, und jeder Emmentarnte ist strafrechtlich zu verfolgen, da er seine subversive, gegen das Volk gerichtete Tätigkeit fortgesetzt hat, obwohl das Verbrecherische dieses Tuns längst bekannt ist.

Und wer von den ach so ehrenwerten Herren individuellen Terror Betroffener befürchtet, so ist mir bisher kein derartiger Fall bekannt, obwohl der Wunsch in unserem Volk, den einen oder anderen zu verprügeln, sehr verbreitet sein soll.

Wir haben unsere Vergangenheit aufzuarbeiten - wir, die wir hier lebten, auf welcher Seite auch immer. Und damit ist die DSU auch für die Aufnahme des Gesetzes vom 24. August in den Einigungsvertrag.

In diesem Zusammenhang steht natürlich ganz eng die Frage der Rehabilitierung der Opfer, sowohl der ideellen als auch der materiellen Rehabilitierung. Mit diesem Gesetz ist ein Anfang gemacht, aber ich glaube nicht, daß mit diesem Gesetz alle Fragen der Rehabilitierung vollständig gelöst sind.

Lassen Sie mich auf einige Probleme im Zusammenhang mit dem nunmehr auf uns zukommenden Beamtenrecht eingehen. Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, daß es vor allem diejenigen Berufsgruppen sind, wie Richter, Staatsanwäl-